

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Maiaufruf der Internationale.

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Vor fünfunddreißig Jahren hat der internationale Sozialistenkongress in Paris die Maifeier eingeführt, um für die Eroberung des Achthunderttags zu demonstrieren. Während eines Menschenalters sind wir in harten und zähen Kämpfen Schritt für Schritt diesem Ziele nähergekommen.

Heute geht der Kampf darum, das Eroberte zu verteidigen und den Achthunderttag international gesetzlich festzulegen. In den nächsten Monaten wird die Entscheidung in vielen Ländern fallen. Daher ist der 1. Mai in so hohem Maße wie nur je gewidmet der Demonstration für den Achthunderttag.

Zehn Jahre sind vergangen, seit das Unheil des Weltkrieges zum Ausbruch kam. Zehn Jahre — aber der Frieden ist noch immer nicht da. Noch bluten die Wunden, die der Krieg geschlagen, noch sind die zerstörten Wohnstätten nicht wieder aufgebaut, noch ist die Produktion nicht in vollem Gang, noch steht die Welt unter dem unmittelbaren Eindruck, daß außer den zwölf Millionen Toten, die dem Krieg zum Opfer gefallen sind, Millionen von Krüppeln, Millionen von Hungernden und Darbenden, Millionen von Arbeitslosen als lebendige Zeugen gegen den Wahnsinn des Krieges in unserer Mitte sind. Und trotz alledem magt sich der Gedanke an neue Kriege schon wieder hervor. Poincarés Ruhrbesetzung und Ludendorffs Revanchepolitik beweisen, wie wenig die Imperialisten auf beiden Seiten der Front gelernt haben. Und noch viel offener erdruht man die Möglichkeit eines Krieges auf dem Balkan, der schon einmal das Vorpiel der Weltkatastrophe gewesen

Die Friedensdiktate der imperialistischen Sieger haben die Probleme nicht gelöst. Die Prinzipien der Demo-

kratie, des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben ihre Schuldigkeit als Propagandamittel im Arge getan und sind nun zum alten Eisen geworfen. Gegenüber der unheilvollen Verblendung der Imperialisten wird die Arbeiterklasse in diesem Gedankjahr immer wieder den Ruf erschallen lassen: Nie wieder Krieg!

Vor fünfzig Jahren wurde in London die Internationale des Weltproletariats gegründet. Zweimal ist sie geschlagen worden: dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870 fiel der erste Versuch, dem Weltkrieg der zweite Versuch der internationalen Organisation des Proletariats zum Opfer. Aber immer von neuem drängt sich mit unüberwindlicher Gewalt die Notwendigkeit der internationalen Geschlossenheit der Arbeiterklasse auf. Der Sozialistische Arbeiterinternationale ist es in dem Jahre seit ihrer Gründung in Hamburg gelungen, die großen Massen der sozialistischen Arbeiterklasse in ihren Reihen zu sammeln und den Boden zu schaffen, von dem aus gemeinsame internationale Aktionen des Weltproletariats möglich werden. Als erste große Heerschar des sich wieder einigenden Weltproletariats rufen wir Euch zur kraftvollen Demonstration am 1. Mai.

Für die internationale Festlegung des Achthunderttags!

Gegen Kriegshege und Kriegsgefahr!

Für die internationale Aktion des sozialistischen Weltproletariats!

Für die Geschäftskommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale Friedrich Adler.

Die dänische Arbeiterregierung.

Kopenhagen, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Th. Stauning hat heute vormittag dem König die Ministerliste vorgelegt, die gemäß der dänischen Verfassung vom Staatsoberhaupt aufgegeben werden muß. Die Liste hat folgende Zusammensetzung: Th. Stauning, Staats- und Handelsminister; Graf Carl Moltke, Außenminister; J. J. Borgbjerg, Arbeitsminister; Hauge, Innenminister; A. Stejneger, Justizminister; C. Brønnum, Finanzminister; Frau Nina Bang, Unterrichtsminister; Pastor Dahl, Agrarminister; Bording, Landwirtschaftsminister; C. Rasmussen, Kriegsminister; Fris-Stolte, Verkehrsminister.

Sämtliche Minister, mit Ausnahme des Außenministers, sind langjährige Mitarbeiter und aktive Mitglieder unserer dänischen Arbeiterpartei; jeder hat auf seinem Gebiete eine große und tüchtige Arbeit ausgeführt. Das neue Ministerium ist in hervorragendem Grade ein Ministerium von Leuten, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind. Hauge war Holzarbeiter, Bording ist ein kleiner Landwirt, Rasmussen und Brønnum waren Buchdrucker, Fris-Stolte ist Eisenbahnbeamter, Stejneger gilt als einer der hervorragendsten Juristen des Landes.

Es ist kein leichter Entschluß für unsere Arbeiterpartei gewesen, ohne eine Mehrheit im Reichstage die Regierungsmacht zu übernehmen. Das dänische Volk hat bekanntlich 149 Mitglieder, wovon die Sozialdemokraten 85, die Radikalen (Demokraten) 20 stellen. Dieser Block hat demnach nur eine Stimme Mehrheit gegenüber den Konserverativen und der Bauernlinken. Zwischen beiden Gruppen steht die eine Stimme des dänischen Volkstreters. Unsere Parteigenossen sind jedoch alle geschulte Parlamentarier und mit der politischen Praxis gut vertraut, so daß man Grund zu der Annahme hat, daß sie sich trotz aller Schwierigkeiten behaupten werden.

Der Reichspräsident hat an den zum dänischen Minister des Auswärtigen ernannten bisherigen dänischen Gesandten in Berlin, Grafen Moltke, folgendes Telegramm geschickt:

„Zu Ihrer Ernennung als Außenminister bitte ich Sie und Ihr Vaterland, meine besten Wünsche entgegenzunehmen. Ich bedauere aufrichtig, Sie von Ihrem hiesigen Posten scheiden zu sehen, auf dem Sie so lange Jahre im Interesse der deutsch-dänischen Beziehungen gewirkt haben.“

Beratung der Reparationskommission.

Paris, 23. April. (W.T.B.) Dem „Matin“ zufolge wird die Reparationskommission erst am Freitag eine Sitzung abhalten und über das allgemeine Problem beraten. Nach dem „Petit Parisien“ ist es sogar wahrscheinlich, daß sich die Reparationskommission in dieser Woche überhaupt nicht verammelt und die nächste Sitzung erst am Dienstag künftiger Woche abhält.

Englischer Druck auf Frankreich.

London, 23. April. (W.T.B.) „Daily News“ mißt der Erklärung Coolidges über seine Bereitwilligkeit, eine neue Weltabstufungskonferenz einzuberufen, größte Bedeutung bei. Das Blatt betont, daß in der Zustimmung zu dem Dawes-Bericht nur ein Mißklang vorhanden sei, die Stimme Poincarés. Aber allzu große Bedeutung dürfe den Äußerungen eines Staatsmannes, der verlor, seine Politik am Vorabend von Neuwahlen zu rechtfertigen, nicht beigemessen werden. Wenn jedoch ein ernstlicher Versuch von der französischen Regierung unternommen werden sollte, diese neue Kreditanstrengung zu torpedieren, so werde die Isolierung Frankreichs endgültig und vollständig sein. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ erklärt, es

bestehe in London keine Neigung, die Differenzen zwischen Frankreich und Großbritannien über die Methoden zur Durchführung des Sachverständigenberichts zu verschärfen. Monate schwieriger Verhandlungen seien zu erwarten.

„Daily Herald“ (das Blatt der Arbeiterpartei) schreibt, es müsse offen festgestellt werden, daß Poincarés Schwierigkeiten verursacht. Er stehe auf dem Standpunkt, den er immer vertreten habe, er glaube weiterhin an die Politik, Deutschland die Pistole vor den Kopf zu halten und er erwarte England, sich ihm bei dieser Politik anzuschließen. Es erhebe sich allzu deutlich, daß die beiden Nationen vollkommen verschiedener Ansicht sind. Eine solche Verschiedenheit könne schließlich zu einem Punkte führen, wo sich ein Zusammenwirken als unmöglich erweise, aber im gegenwärtigen Augenblick sei dies noch nicht Gewißheit geworden. Die französischen Wahlen könnten eine Geisteszänderung in Paris hervorbringen.

Erklärung Trotskis.

Rußland sucht das Vertrauen der Kapitalisten.

Moskau, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Trotzki, der wieder in das aktive politische Leben zurückgekehrt ist, bestreitet in einer Unterredung mit amerikanischen Journalisten die Behauptung von einer Mobilisierung der Roten Armee. In Wirklichkeit sei der Jahrgang 1901 entlassen und der Jahrgang 1902 einberufen worden. Das Gegenteil einer Mobilisierung habe man damit durchgeführt, indem man einen Teil der Felddivisionen in territoriale Truppen überführte und die Miliz auf Kosten der Feldarmee ausbaute. Das russische Milizsystem, das in seiner Art noch in keinem Lande eingeführt ist, sei lediglich auf Defensiv und nicht auf Offensiv eingestellt. Die Sowjetunion sei nach wie vor bereit, an jedem internationalen Abkommen auf tatsächliche Abrüstung und Verminderung der Kriegsgefahr sich zu beteiligen. Die Rote Armee verdanke ihr Dasein lediglich der Gefahr, die die imperialistische Politik anderer Länder für die Sowjetrepublik bedeute.

Trotsky nahm in dieser Unterredung auch Stellung zu dem Vorwurf bolschewistischer Propaganda in den anderen Ländern. Wie sich die Sowjetregierung das Recht wahre, kommunistisch zu bleiben, so fordere sie auch nicht von den bürgerlichen Regierungen anderer Länder, kommunistisch zu werden. Uebernommene Verpflichtungen halte Sowjetrußland schon deswegen ganz besonders pünktlich ein, weil es eine stabile Regierung besitzt und weil diese Regierung an der Wiederherstellung des Vertrauens der kapitalistischen Geschäftswelt der anderen Länder und des normalen Wirtschaftsverkehrs mit ihr unmittelbar interessiert sei.

Dauernder Kursrückgang.

Wie zu erwarten war, haben die starken Kursrückgänge der letzten Zeit weitere Positionen am Effektenmarkt ins Schwanken gebracht, so daß die Abwärtsbewegung, die sich bisher im langsamen Tempo vollzog, jetzt in einer allgemeinen Deroute ausartet. Heute kamen wieder aus schwachen Händen größere Effektenposten auf den Markt, die bei dem fehlenden jeglicher Kaufneigung naturgemäß einen weiteren starken Druck auf die Kurse ausübten. Die Stimmung an der Börse ist außerordentlich bedrückt und besorgt. Man fürchtet weitere Komplikationen. Unter diesen Umständen bleiben so ziemlich alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge außerhalb der Börse völlig unberücksichtigt. Die Banken zeigen wenig Neigung, die Katastrophe aufzuhalten, da sie in anbetraucht der kritischen Lage zahlreicher Bank- und Handelsunternehmungen genötigt sind, in der Hauptsache auf ihre eigene Liquidität bedacht zu sein. Zu besonderen Befürchtungen gab die weitere starke Aufwärtsbewegung des Frank. Mark. Man konnte heute bei Beginn der Berliner Börse das Pfund mit 84% Frank. Die Geldmarktlage ist unverändert. Im amtlichen Devisenverkehr kommt einiges Angebot an den Markt, das offenbar auch nur Netzverkäufen entspringt. Im großen und ganzen waren die Zuleitungen die gleichen wie gestern.

Die Reiseprüfung am 4. Mai.

Von Paul Löbe.

Der 4. Mai entscheidet nicht nur das außenpolitische Geschick des deutschen Volkes auf viele Jahre hinaus, er bestimmt nicht nur die innenpolitischen Richtlinien während der kommenden Legislaturperiode — er bildet auch eine folgenschwere Reiseprüfung der deutschen Wählerschaft. Die Weimarer Verfassung hat den mündigen Bürgern und Bürgerinnen die Entscheidung über ihr Schicksal in die eigenen Hände gelegt, nicht nur die Volksoberkeitung, auch die zukünftige Regierung hängt von dieser Entscheidung ab — kein Kaiser oder König von Gottes Gnaden setzt die neue Regierung ein, sondern das Volk selbst.

Ob es dazu reif ist, das gebeten jene Parteigruppen auf neue zu erproben, die mit der ausdrücklichen Parole: „Gegen den Parlamentarismus“ in den Wahlkampf und in das — Parlament eintreten. Deutschpolitische und Kommunisten haben den Schlachtruf ausgegeben: „Nieder mit dem Parlamentarismus — steht die Wählerlisten ein!“ und sie gebeten diesen Widerspruch damit zu lösen, daß sie im Parlament das Parlament an der Arbeit verhindern, durch Reden, Kunststücke, Obstruktion es am Abschluß internationaler Verträge, am Erlaß von Gesetzen, an der Bildung von Regierungen verhindern wollen. Wenn das Werk gelungen ist, wenn das Parlament zum Narrenhaus entwürdigt, im Ansehen des In- und Auslandes erniedrigt, zur Lösung seiner Aufgaben unfähig gemacht ist — dann folgt das Rezept aus der eigenen Hausapotheke: das Direktorium der Rechtsradikalen oder die Diktatur der Linkspolitischen oder beide in schönster Abwechslung. In jedem Falle aber der Bürgerkrieg!

Die Rechtsradikalen haben die Herren Hitler, Ludendorff, Minow, Weisfeld, v. Gans als „Direktoren“ auf Lager, daß die übrigen 85—90 Proz. der Wähler sich die Herrschaft dieser bewährten politischen Führer nicht widerstandslos gefallen lassen, ist selbstverständlich, ebenso selbstverständlich also der innere Krieg, der im Gefolge dieser Antiparlamentarier einherzieht.

Nicht minder sicher wäre die gleiche Entwicklung, wenn die Anhänger der Reichsherrschaft mit ihrer Verhinderung der parlamentarischen Arbeit Erfolg hätten. Die Kommunisten besitzen den Anteil der proletarischen Schichten unseres Volkes auf etwa 90 Proz. der Gesamtbevölkerung und haben selbst bei den für sie günstigsten Wahlen etwa den achten Teil der Wahlberechtigten dieses Volkssteils auf ihre Seite gebracht. Sie verhehlen sich aber selbst nicht, daß von diesen kommunistischen Wählern nicht der vierte Teil die volle Erkenntnis und den klaren Willen für den kommunistischen Staatsideal besitzt — die Zahl der Mittläufer aus Verwirrung und Erbitterung erdrückt auch hier den winzigen Teil theoretisch klarer und praktisch überzeugter Anhänger. Diese winzige Minderheit müßte also die Diktatur über das Proletariat und über den Staat ausüben, auch ihr begeisterter Anhänger wird nicht annehmen, daß dies ohne die blutigsten Kämpfe möglich wäre.

Es bliebe also nur die Herabwürdigung, die Behinderung, die Zerstörung des Parlamentarismus, wenn Rath-Scholem auf der einen Seite, Graf-Ludendorff auf der anderen sich zur Verwirklichung ihrer Absichten anschließen — was an seine Stelle tritt, ist keine neue, festere Gewalt, sondern das Chaos, die Verfallschance, eine neue Trümmerstätte der Wirtschaft, abermals Tote, Witwen und Waisen.

Ein deutsches Volk, das seine parlamentarische Staatsform zerbrechen läßt, liefert sich ebenso unrettbar der schlimmsten Bevormundung des Auslandes aus. Böllische Anstreicher haben das Regierungsdiplom mit der Aufschrift: „Die nationale Freiheit kommt!“ schablonisiert. Wie diese nationale Freiheit ausleben würde, wenn auch nur nach deutschnationalem Rezept der Versuch der Regelung der Reparationen nach dem Sachverständigengutachten von uns abgelehnt würde, darüber bleibt die bittere Erfahrung uns hoffentlich erspart. Über daß der Sturz der demokratischen Regierungsform, die Behinderung ihres Volkswirtschaftsorgans, des Parlaments, und damit die Unfähigkeit nicht nur zu Leistungen, sondern schon zu verantwortlichen Verhandlungen mit unseren Gläubigerstaaten die kräftigsten Bevormundungen, die schroffsten Repressalien, die schlimmsten Demütigungen von außen zur Folge haben müßte, darüber kann nur trivialer Verstand sich hinwegsetzen. Und daß diese Bevormundung von außen nicht von Rußland her ausgeübt werden würde, dürfte unseren Kommunisten nicht zweifelhaft sein.

Die Parole „Wider den Parlamentarismus“ von den Extremen im Reichstag praktisch geübt, bedeutet deshalb nicht nur die Herabsetzung unseres Ansehens in der ganzen zivilisierten Welt, die Verhinderung der zurzeit einzig möglichen Regierungsform in Deutschland, sie bedeutet innere Zersplitterung und Verschärfung der äußeren Knechtschaft.

Wer den Deutschen Reichstag zur Würdelosigkeit erniedrigen, wer die Staatsbürgerrechte preisgeben oder lächerlich machen, wer unser Volk nach außen entmündigen will, der muß jene Parteien wählen, die den Parlamentarismus im Parlament selbst zerlegen und infamieren wollen.

Die blamierte KPD.

Marx Hölz preisgegeben.

Nach heute morgen hat die „Rote Fahne“ die Stirn, ihren Lesern etwas von einer „Reichstagskandidatur des Genossen Marx Hölz“ zu erzählen. Sie hütet sich sehr wohl, ihren Gläubigen mitzuteilen, daß gestern der Reichswahlaustrich die Reichslisten der Parteien festgestellt hat. Dabei hat die kommunistische Partei eine Liste eingereicht, an deren Spitze nicht Marx Hölz, sondern der Hamburger Ernst Thälmann steht. Sie hat nicht einmal den Versuch gemacht, die Kandidatur von Hölz an der Spitze der Reichsliste durchzusetzen. Die frühere Nachricht der „Roten Fahne“, daß die Zentrale der KPD Marx Hölz als Spitzenkandidat aufgestellt habe, ist also nichts weiter gewesen, als eine ganz gewöhnliche freche Wahllüge. Auch in Chemnitz ist Hölz nicht aufgestellt worden. Dort marschiert an der Spitze der kommunistischen Liste der tapfere Führer des „Sumpfes“ in der KPD, Friß Hedert.

Vielleicht hat diese Preisgabe von Marx Hölz ihre tieferen Gründe. Das Schreiben Hölz an den Amnestieausschuß war eine einzige Anklage gegen die Taktik der KPD, die jetzt ihren Putschismus in Reinkultur entwickeln will. Einen solchen Mann können die Kommunisten natürlich nicht als Reichskandidaten aufstellen. Deswegen schweigt die „Rote Fahne“ in ihrer verlegenen Polemik gegen den „Vorwärts“ sich über diese für die neue Zentrale so peinliche Seite der Angelegenheit vollständig aus. Die Schuldigen an mittel-deutschen Aufständen erheben nur das übliche Geschrei über die Justiz, für die die Sozialdemokratie verantwortlich sein soll, und behaupten, daß nur ein kommunistischer Erfolg Marx Hölz befreien werde. Die Kommunisten können wirklich beruhigt sein. Wenn sich für Marx Hölz, wie wir hoffen, die Gefängnistore einmal wieder öffnen sollten, dann wird es ganz bestimmt nicht die kommunistische Partei sein, die das durchführt. Sie hat mit dem Namen Hölz lediglich versucht, einen frechen Wahlschwindel zu treiben, nur hat sie dabei diesmal einen selbst für ihre Verhältnisse ungewöhnlichen Reinsfall erlebt. Wenn das die neue patenrevolutionäre Führung der KPD ist, dann können wir nur gratulieren.

Die übliche Wahllüge.

In der unermüdlich marxistischen Aufmachung, ohne die es im Wahlkampf nun einmal nicht geht, bringt die „Rote Fahne“ einen Bericht über angebliche Verhandlungen des preußischen Innenministers Severing mit dem Kommissar der Reichsregierung Rünzler über ein generelles Verbot der kommunistischen Presse. Der ganze Bericht ist von Anfang bis zu Ende der übliche erlogene Wahlschwindel. Minister Severing befindet sich seit über zwei Wochen in Urlaub und auch der Reichskommissar Rünzler ist an keinerlei Verhandlungen über kommunistische Presseverbote beteiligt gewesen. Selbst die „Rote Fahne“ könnte wissen, daß für Presseverbote der Reichsinnenminister Dr. Jarres zuständig ist. Im übrigen weiß die Redaktion der „Roten Fahne“ offenbar sehr genau, wie man Presseverbote vermeidet. Jede Nummer beweist, daß die Kommunisten selbst unter ihrer „linken“ Führung wenigstens im Wahlkampf vernünftig genug sind, Verbote nicht geradezu zu provozieren.

Auf dem Wege zum Rechtsblock.

Über die Stellungnahme der Nationalliberalen Vereinigung zu der Auffassung von Dr. Quag und Dr. Rönne auf den Reichswahlaustrich der Deutschnationalen Volkspartei wird von der Nationalliberalen Vereinigung geschrieben:

Die Nationalliberale Vereinigung hat bei ihrer Gründung und insbesondere seit ihrer Abtrennung von der Deutschen Volkspartei stets den Standpunkt vertreten, daß es notwendig sei, enge Fühlung sowohl mit den auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei stehenden Kreisen aufrecht zu erhalten, als auch mit den gleichdenkenden Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei enge Verbindung herzustellen. Die Nationalliberale Vereinigung legt daher auch den größten Wert darauf, sowohl

innerhalb der Deutschen Volkspartei, wie innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei Abgeordnete zu haben, die der Nationalliberalen Vereinigung entweder angehören oder ihren Anschauungen besonders nahe stehen. Die Nationalliberale Vereinigung sieht darin eine wesentliche Förderung ihres Bestehens der Bildung eines großen politischen Rechtsblocks. Außerdem wird von der Nationalliberalen Vereinigung in Rücksicht gezogen, daß das deutsche Parteileben noch immer in Gärung und in Entwicklung begriffen ist, und daß auch aus diesem Grunde das Hinübergreifen der Nationalliberalen Vereinigung in die rechtsstehenden Kreise der Deutschen Volkspartei und in die ihr nachstehenden Kreise der Deutschnationalen von großer Bedeutung ist. Wenn auch Dr. Quag und Dr. Rönne also durchaus im Einvernehmen mit der Nationalliberalen Vereinigung das Angebot eines Mandats auf der Reichswahlliste der Deutschnationalen Volkspartei angenommen haben und deswegen ihre Mitgliedschaft in der Nationalliberalen Vereinigung ohne weiteres bestehen bleibt, so werden sie doch aus naheliegenden Gründen der Organisation ihre Vorstandsämter in der Nationalliberalen Vereinigung niederlegen.

Die Umgestaltung der Reichsbahn.

Durch eine Verordnung des Reichskanzlers vom 3. April d. J. ist der Reichsverkehrsminister zum Generaldirektor der deutschen Reichsbahn bestellt und ihm zur Unterstützung und Leitung des Unternehmens ein vorläufiges Direktorium zur Seite gestellt worden, das aber lediglich beratende Tätigkeit ausüben soll. Das Direktorium ist unter Leitung der vorhandenen Gliederung des Reichsverkehrsministeriums aus den Staatssekretären als geschäftsführenden Mitgliedern und den Abteilungsleitern als weiteren Mitgliedern gebildet, wobei eine stärkere Selbständigkeit der Abteilungsleiter vorgesehen ist. Das Direktorium hat im übrigen naturgemäß nur eine vorübergehende Bedeutung und wird endgültig nach der Umstellung des Unternehmens unter Berücksichtigung der neuen Erfordernisse gebildet werden.

Vorbereitung der Goldmark-Anleihe?

Paris, 28. April. (W.F.B.) Die „Matin“ berichtet, daß der Teilhaber des Hauses Morgan D. B. Morrow demnächst mit einer wichtigen Mission, nämlich der Vorbereitung der im Sachverständigenplan vorgesehenen Anleihe von 200 Millionen Dollar, betraut werden.

Die Hitler-Banditen vor Gericht.

Hölmethoden von rechts.

München, 28. April. (W.F.B.) Vor dem Volksgericht München I begann heute vormittag der Prozeß gegen 40 Mitglieder des Stoßtrupps Hitler wegen der im Zusammenhang mit dem Novemberputsch ausgeführten Gewalttaten. Der Ankläger der Angeklagten ergibt die Anwesenheit von 35 der 40 Beschuldigten. Der Stoßtruppführer Reichardt und die Angeklagten Tietler und Schub sind noch flüchtig. Die Angeklagten Stienbinder und der Polizeikommissar a. D. Lindner sind trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht erschienen. Der Angeklagte Otto Freimayer, dem die Anklage schwere Diebstahl zur Last legt, da er in einem der Räume der „Münchener Post“ einen Anzug, ein Reitheng und eine Zuspentwende hat, wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Er ist, wie die Verlesung der Strafliste ergibt, einmal wegen einfachen und einmal wegen schweren Diebstahls verurteilt. Die übrigen Angeklagten haben zum Teil leichtere Vorstrafen in den Straflisten eiszuführen. Maurice ist wegen verbotenen Waffentragens feierlich mit dem Handgranatenschloß auf die Kankamer Bänke verurteilt. Von den sechs Verteidigern ist K. A. Kader ebenfalls nicht erschienen.

Die Anklagebank reicht nicht aus, um die 35 Beschuldigten aufzunehmen, so daß noch eine Liste für die Zeugen bestimmte Sührichte im Schwurgerichtssaal für einen Teil der Angeklagten vorbehalten bleiben mußte. Nach Feststellung der Personalien und Verlesung

der Straflisten erhob Staatsanwalt Wintersberger die Anklage gegen die erschienenen Beschuldigten wegen eines gemeinschaftlich erübten Verbrechens der Beihilfe zum Verbrechen des Hochverrats, gegen Freimayer außerdem wegen Verbrechens des schweren Diebstahls. Die Begründung der Anklage, die der Staatsanwalt dann vorliest, ist im wesentlichen bereits gemeldet worden. Vor Eintritt in das Verhör der Angeklagten kam es zu einem Zwischenfall.

Zwischenrat Kohl stellte den Antrag, die Verhandlung auszusetzen, bis die Anhängigkeit der bayerischen Rechtsplege und die bayerische Justizhoheit in vollem Umfang wieder hergestellt sei. Die bayerische Regierung habe die Justizhoheit dadurch preisgegeben, daß sie auf Intervention der Entente das Verfahren gegen Professor Duldze wegen Landesverrats eingeleitet habe.

Der Staatsanwalt widersprach dem Antrag, der vollkommen gegenstandslos sei und darauf abziele, das Verfahren zu verzögern. Für die Angeklagten erklärte der in Offiziersuniform mit Ehrenzeichen und Degen erschienene Ankläger Maurer, ein früherer Leiter des „Pfälzischen Beobachters“: Wenn die Unterstellung des Staatsanwalts, das Verfahren solle durch den Antrag verzögert werden, aufrecht erhalten wird, ziehe ich den Antrag zurück. Gegen diese Unterstellung müsse er energig die Behauptung einlegen. Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, den Aussetzungsantrag, dem sich auch die übrigen Verteidiger angeschlossen haben, als vollkommen unbegründet abzulehnen. Daraufhin beantragte Staatsanwalt Wintersberger, zur Erörterung einzelner Punkte der Anklage wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Öffentlichkeit auf kurze Zeit auszuschließen. Die Verteidigung stimmte dem Antrags des Staatsanwalts zu, worauf das Gericht ohne vorherige Beratung dem Antrage stattgab. Die Anwesenheit wurde, wie im Hauptprozeß, den Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden gestattet. Der Saal wurde daraufhin geräumt. Die öffentliche Verhandlung wird am Nachmittag um 3 Uhr wieder aufgenommen werden.

Deutsche und tschechische Sozialdemokraten.

Parteitagreden in Währisch-Strau.

Prag, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) In Währisch-Strau begann in den Osterferien der Parteitag der tschechoslowakischen Arbeiterpartei. Ihr erster Vorkämpfer Anton Rjezmez wurde zum Ehrenpräsidenten der Partei gewählt. Aus den erkrankten Reichstagen geht hervor, daß die Partei in den letzten Jahren an Mitglieder beträchtlich zugenommen hat. Einen starken Rückhalt hat die Partei in den Arbeiterkategorien, die rund 100 000 Mitglieder zählen. Der Parteitag wurde von zahlreichen Vertretern der Bruderparteien besucht. Für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei sprach Schäfer-Reichenberg, der ausführte, daß der Weg zum gemeinsamen Handeln gesucht und gefunden werden müsse. Die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei seien bereit, die vorhandenen Schwierigkeiten unter Beachtung der sozialistischen Grundzüge überwinden zu helfen. Schon die Zugehörigkeit beider Parteien zur Arbeiterinternationale gebiete, unangezogen und beharrlich an der Herstellung der internationalen Kampfgenossenschaft für den Sozialismus innerhalb des Staates zu wirken. In einem Referat über die Taktik der Partei bezeichnete Dr. Weiskner die deutsche Sozialdemokratie als natürliche Bundesgenossin der tschechischen Partei. Er betonte, daß sich das Verhältnis zwischen den beiden Parteien verbessert habe.

In einer vom Parteitag angenommenen Resolution wird verlangt, daß die Parteileitung die Mittel suche, durch die unter den gegebenen Verhältnissen eine wenn auch nur teilweise Zusammenarbeit ermöglicht werde. Eine andere Entscheidung befaßt sich mit der Frage der Reparationen. Sie wendet sich gegen die Sabotage der Wiedergutmachung durch das deutsche Großkapital und gegen die Behauptung der Hauptkräfte der deutschen Industrie durch die französische Armee. Der deutschen und französischen Sozialdemokratie wurden Telegramme geschickt, in denen beiden Parteien zum bevorstehenden Wahlkampf Erfolg gewünscht wird. In der politischen Debatte wurden heftige Angriffe gegen die Parteileitung gerichtet, die sich allzu sehr der Koalitionspolitik ergeben habe. Die oppositionellen Redner fanden starken Beifall, an dem sich fast die Hälfte des Parteitags beteiligte.

Begnadigt wurden in Spanien am Karfreitag zehn zum Tode Verurteilte.

Londoner Straßenkultur.

Von Paul Chr. Blotke (kurzzeit London).

„Ladies und Gentlemen! Es war mir nicht möglich, an einem Theater eine Anstellung zu bekommen. Gestatten Sie daher, daß ich Ihnen hier eine Probe des Talentes gebe, das ich zu haben glaube. Ich spreche eine Szene aus „Julius Cäsar“!“

Begleitet vom herüberüberwundenen Vorn der Hauptstraße klangen diese Worte an mein Ohr, als ich gerade im Vorbeigehen die Wächter der Menschen betrachtete, die in einer langen Reihe am Eingang zur Galeris des berühmten Londoner Varietés standen und auf die Öffnung der Abendkasse warteten. Ich hatte auch den Regier etwas abstrich, neben dem Bananenwagen, stehen sehen und ihn für den Fruchtverkäufer gehalten. Es war auch kaum denkbar, daß er eben diese Worte gesprochen hätte. Und doch: Er legt jetzt seine Hände auf die schmutzige Kante des Fußweges, geht etwas zurück auf den Fahrweg und beginnt, Marc Antons grandiose Rede an der Leiche Cäsars zu sprechen!

Die Gesichter der Wartenden wenden sich ihm zu. Klein: Jungens, die sich eben noch gebärgt hatten, stellen sich dicht vor ihn hin und blicken mit Miene, die kindliches Unverständnis spiegelt, in das bewogte Gesicht des fremdartigen Künstlers, der ganz in seiner Rolle aufgeht. Ein Schutzmann pendelt vorbei — doch der Bobby nimmt kaum durch einen Seitenblick von dieser Szene Kenntnis. — „Brutus ist ein ehrenwerter Mann!“ — Ein Automobil leuchtet in die Nebenstraße ein, hupt, damit der dortige Regier ihm Platz mache — doch da steht ja Marc Anton, der zum römischen Volk spricht! Es muß in großem Bogen vorbeifahren! — „Brutus ist ein ehrenwerter Mann!“ — Das Ratseln des Motors ertönt fast die behobende Stimme, die vor schmerzlichen Schlüssen um den Tod des väterlichen Freundes fast unhörbar ist.

Die Rede ist beendet. Der dunkelhäutige Künstler geht einige Schritte weiter nach der Mitte der Straße und beginnt eine Szene aus „Othello“ zu sprechen. Sein ganzer Körper krümmt sich vor Eiferhunger. Jeden Augenblick glaubt man, sie werde ihn auf das schmutzige-nasse Pflaster werfen. Menschen, die eben herbeikommen, schütteln verständnislos den Kopf und gehen weiter. Ein Schokoladenverkäufer geht an der Randschlange vorbei und preist sein Süßigkeiten an. „Othello“ fracht die letzten Worte, und ein armseliger, hungriger Regier, eben noch vom Blutodem der Kunst des großen Seiten angefaßt, kommt zurück zum Fußweg, hebt seine Hände auf und geht gedehnt vom Anfang der Varietés, personifiziert bis zum Ende. — Noch ehe er dort ankommt, hat sich schon ein Straßenmusikant auf das imaginäre Podium geschwungen und verflucht, seine schwarzen Singstimme auf einem eigenartigen Zupfinstrument begleitend: „We have no bananas to-day!“

Der Mann am Bananenwagen widerspricht nicht. Es ist ein häßlich-lächer Ungländer und wartet ab, bis die Reihe, Geschäfte zu machen, an ihm ist. Es ist eine Viertelstunde Zeit bis zur Kassenöffnung, und noch manch einer der Wartenden wird dem Anblick der eblen Schürze nicht so lange widerstehen können. Gebannt stand ich da. Wie ein Schwarm Heuschrecken war all das auf mich eingestürzt. Wenige Schritte. Autobusse,

Stroßenbahnwagen, die den Anhänger nicht hinterherziehen, sondern auf ihrem Dache aufgestellt tragen, rasselten darüber. Das grolle Blitzen der elektrischen Lichterklänge blendete mich fast. Der Mond, der eben noch am dunklen Firmament sichtbar war, erlank in diesem aufschäumenden Meer von Licht, das in einem hohen Grade von künstlerischer Vollendung über die Millionenstadt gegossen wird, um die Menschen zum Kauf von hunderterteilen Dingen zu veranlassen. Ich fürchte weiter. — „aimée ich noch?“ — „Schlag mein Herz noch in der Brust? Ich weiß es nicht. In einem Maschinenbau, der mich mehrere Stodwerte unter die Erde zur Untergrundbahn brachte, fand ich mich wieder. Ein Frösteln tief über meinen Rücken. Mein Gefühl war ein Einstumpfen. — „Das ist eine Welt — das heißt eine Welt!“

Zeitsfuge Kants „Zum ewigen Frieden“.

„Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden.“

„Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören, denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen, zeigen diese an, sich einander in Reue der Gerüsteten, die keine Grenzen kennt, zu überfallen, und, indem durch die darauf verwandten Kosten der Friede endlich noch drückender wird als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst Ursache von Anaristriege, um diese Last loszuwerden.“

„Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein. Die erfüllt nach Prinzipien der Freiheit der Glieder einer Gesellschaft (als Menschen), zweitens nach Grundfragen der Abhängigkeit aller von einer einzigen gemeinsamen Gesetzgebung (als Untertanen), und drittens, die nach dem Gesetz der Gleichheit derselben (als Staatsbürger) gestiftete Verfassung — die einzige, welche aus der Idee des ursprünglichen Vertrages herorraucht, auf der alle rechtliche Gesetzgebung eines Volks gegründet sein muß — ist die republikanische.“

„Das Völkerrrecht soll auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein.“

Der Philosoph des Friedens und der Marschall des Kriegs. Von der Königsberger Kant-Feyer läßt sich der „Log“ begrifflich telegraphieren:

„Dann kommt zum Schluss ein großer Romanz. Die Verjüngung erhebt sich impulsiv von den Bänken. Ein janatlicher Beifallssturm erhebt sich, wie ihn dies Haus vielleicht noch nie erlebt hat. Die Studenten schwingen ihre Schläger. Das ist, als Seine Majestät Ludwig den Gedächtnistag am 200. Geburtstag Immanuel Kants mit der Verlesung eines Telegrammes schließt, das als einziges aus der großen Reihe herausgeriffen wird: Es ist aus Hannover von Dr. h. c. von Hindenburg. — Die diesen Ausländer im Hause fühlen den Atem des deutschen Geistes, in dem der heutige Jesaja ausläng.“

Wenn sich bei einer Revue der „deutsche Geist“ in Hindenburg-Jubel und dem Schwingen langer Messer manifestiert, mögen die Ausländer dazu wohl ersehnte Gedächtnis haben. Sie

mögen sich daran erinnern haben, daß Kant den Krieg als einen Akt der Menschenfresserei betrachtete, und sich gelangt haben, daß solche feuerlöschliche Feindbrände zu Ehren eines großen Denkers in keinem anderen zivilisierten Land der Welt denkbar sind.

Italien ehrt seine größte Schauspielerin. Auf ein Telegramm D'Annunzios, in dem dieser verlangt hatte, daß die sterbliche Überreste der Duse vom Staat nach Italien heimgeholt würden, erwiderte Mussolini: Er habe der Duse vor einem Jahre ein Ehrengehalt angeboten, damit sie Italien nicht verlasse. Jetzt habe er sofort, nachdem er von ihrem Tode erfahren habe, den italienischen Botschafter in Washington angewiesen, in Pittsburg die Beerdigung zu vertreten und für die Ueberführung der sterblichen Hülle auf Staatskosten Sorge zu tragen. Gestern Abend waren die Theater in Rom und in mehreren Städten Italiens geschlossen.

„Der Kulturwille“. Mitteilungsblatt des VDA — des Allgemeinen Bildungsinstituts Leipzig. Erster Jahrgang Nr. 1-3. Das VDA — das geistige Zentrum des Leipziger Proletariats, das unter rühmlicher und heldenmütiger Führung des Genossen B. Hartig seine Arbeit leistet, hat sich ein eigenes Organ für die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterklasse geschaffen. Nach Inhalt und Zwecksetzung verdient es Verbreitung weit über die Grenzen seines Erscheinungsortes hinaus. Die erste Nummer ist dieser Kulturzeitschrift zum Gedenke gegeben. Die Ausgaben des Bildungsinstituts und die Ausdrucksformen der aufstrebenden proletarischen Kultur kommen hier zu Worte. Die zweite Nummer dient dem Thema „Arbeiter und Theater“. — denn was dem Berliner die Volkshäuser ist, bedeutet dem Leipziger Arbeiter das VDA. Klassisches Drama, Realtheater, Jugend und Theater, das proletarische Theater, das moderne Drama, Arbeiter und Theater bilden den Inhalt der lesenswerten Ausgabe. — Ist die zweite Nummer der Erziehung des Arbeiters zum Verständnis fürs Theater gewidmet, so gehört die dritte dem Kinde, der Hoffnung des Sozialismus. Die verschiedenen Gebiete der sozialistischen Erziehung sind von Löwenthein, Hartig, Fehold, von den Oesterreicherin Krißka und Kanti, von Hodann, Scharrmann, Bräuner besprochen. Jedes Heft kostet nur 10 Pf., bei dem männlichen Inhalt mehr als preiswert. Die Ausstattung ist gut, das Titelbild entspricht dem Gehalt der Hefte. Auch die weiteren sollen jedes für sich ein geschlossenes Ganzes bilden.

Die Große Berliner Kunstausstellung wird in diesem Jahre bei harter räumlicher Beschränkung sich in einem neuen Gewände zeigen. Ihre Räume werden durchgreifend erneuert. Die Säle erhalten gedämpfte Oberlichter. Die Kuppelhalle wird nach den Plänen von Prof. Heinrich Straumer zu einem Empfangsraum umgestaltet. Der Saal dahinter, als Repräsentationsraum gedacht, erhält Museumskarakter. Die größte Veränderung wird aber der große Musiksaal aufweisen. Der Saal wird ganz im Sinne einer modernen Ausstellung umgestaltet, um die Ritte werden sich Ausstellungstafeln gruppieren.

Anton Wildgans in Berlin. Der österreichische Dramatiker und Dichter Anton Wildgans wird, einer Einladung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes folgend, eigene Vorträge am Sonnabend 5 Uhr im Herrenhaus, Leipziger Straße, vorlesen.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeiter, seht euch eure Führer an!

Dieses von den Kommunisten so oft gesprochenen Wortes ist man heutzutage nicht mehr gewohnt. Sie haben ihre besondere Bedeutung, wenn man Personen vor sich hat, die sich als die arbeiterfreundlichsten Menschen gebären, deren Vergangenheit aber recht dunkel und zweifelhaft erscheint. Eine solche Person ist Herr Joseph Baumann, wohlhabender brandenburgischer Gutsbesitzer des neugegründeten kommunistischen „Verbandes der Land- und Waldarbeiter“. Was dieser Mann hinter sich hat, muß das Licht der Welt scheuen! Einen interessanten Einblick in dieses Dunkel gewinnen wir durch einen Artikel, der im Organ des Allgemeinen Schweizerbundes vom September 1911 zu finden ist. Wir lesen hier:

Im Nr. 33 vom 12. August lese ich den Artikel über deutsche Berufsvereine. Ich staunte, daß schon wieder ein neuer Verein gegründet werden sollte, wußte aber nicht, wer da die Finger im Spiel haben sollte, bis der Bundesvorsitzende Camenzind zu unserer Veranlassung am 21. August kam. In seinem Vortrag kam auch das Thema Organisation vor, und da hörte ich den Namen Ignaz Joseph Baumann. Es durchsuchte sofort meine Glieder. Ich erinnerte mich an den Kautionschwindler im August 1907. Ich war in Bötzen bei Wurzen und wollte zum 1. Oktober meine Stelle aufgeben. Ich lese in der „Blauen Zeitung“ ungefähr folgende Annonce: „Ober-Schweizer-Gesuch. Nach Böhmen wird ein tüchtiger Ober-Schweizer gesucht, bei einem Viehbestand von 150 Kühen und dementsprechenden Jungvieh. Gehalt pro Kopf 38 M., und vier fette Schweine. Solche, die im Ein- und Verkauf erfahren sind, werden bevorzugt. Zeugnisabschriften nebst Lebenslauf zu richten unter Nr. 106 postlagernd Dresden-N.“ Ich bewarb mich sofort um diese Stelle, schickte das gewünschte unter dieser Nummer ein und erhielt darauf den Kontrakt nebst einer Mitteilung, unterzeichnet Schmidt, Güterdirektor auf Cöthen, Kreis Jungbunzlau in Böhmen. Er teilte mir mit, daß er gegenwärtig in Dresden zur Erholung wohne und ich nach dem Heil „Stadt Allenburg“, Dresden-Kleinplatz, zur Abmachung kommen sollte. 1000 M. müßten Kautions gestellt werden, und zwar 500 M. sofort beim Unterschreiben des Kontrakts. Ich sage auch, Kollegen, der Kontrakt war so ausgefertigt, daß nichts zu bemerken war. Zu meiner Sicherheit jedoch fuhr ich nach Wurzen und gab folgendes Telegramm auf: „An die Güterverwaltung Cöthen, Kreis Jungbunzlau in Böhmen. Die heißt dort der Güterdirektor? Wird dort zum 1. Oktober ein Ober-Schweizer gesucht? Die Depesche kam „unlesbar“ zurück, kein Cöthen im ganzen Kreis Jungbunzlau. Man war der Schwindler aufgedeckt. Ich fuhr aber trotz allem nach Dresden zur bestimmten Zeit, um ihn selbst beim Argen zu fassen. Aber leider, eine Stunde vor meiner Ankunft wurde er schon verhaftet, und ich mußte sofort auf die Kriminalpolizei am Pirnaischen Platz kommen, und da erfuhr ich, wer der Güterdirektor war. Er entpuppte sich als der Schweizer Ignaz Joseph Baumann aus Württemberg. Tags zuvor hatte er schon 800 M. erzwungen; er kaufte sich einen goldenen Kettchen, eine Uhr und Mantel, um einen Güterdirektor wirklich vorzustellen. Gleich nach seiner Verhaftung ließ er ein Geldbrief mit 1200 Kronen von einem Kollegen aus Böhmen ein. Die Polizei hatte aber schon sämtliche Posthöfen beschlagnahmt, so daß sie nicht mehr in seine Hände kamen. Auf der Kriminalpolizei wurde er vorgeführt und mir gegenübergestellt. Auf die Frage des Kriminalkommissars, ob er mich kenne, erwiderte er: „Nein“. „Haben Sie an einen Haas in Bötzen-Wurzen geschrieben?“ „Ja“, sagte er. „Ich wollte ihm die Hand reichen, aber nicht etwa zum Grabe, nein, an die Bode, aber der Beamte verhinderte es. Er wurde dann sofort wieder hinter schwebende Gitter geführt, wo er herkam. Also, dies ist der Ignaz Joseph Baumann, der einen Verband gründet und die Beiträge gleich für ein ganzes Jahr einfordert. Derjenige Kollege, der so einem Unternehmer Glauben schenkt, erscheint mir nicht zurechnungsfähig. Was noch, meine Kollegen, ich warne euch.“

Joseph Haas, Mitgl. 68.

Den unter der Maske eines Güterdirektors Schmidt arbeitenden Joseph Baumann lernen wir durch diese Darstellung als einen der ausgefeiltesten und rücksichtslosesten Schwindler kennen. Er enthielt sich uns als ein Mensch, dem es gleichgültig war, ob Menschen- und Familienglück zerstört wurde, wenn hierbei nur seine Begierde nach profitablen Aufstiegen und dem Mammon gestillt werden konnte. Ein solcher Mensch nimmt sich heute die Freiheit heraus, sich als Verbandführer aufzuspielen und Personen als Verräter zu verächtlichen, die schon zu einer Zeit für das Proletariat arbeiteten, als Baumann noch der Güterdirektor Schmidt war. Es machte ihm auch nichts aus, sich 1923 auf dem kommunistischen Verbandertag in Rostau als Vertreter der revolutionären Verbandler Deutschlands feiern zu lassen und hierbei zu erklären, die Verbandler ständen geschlossen hinter ihm. Es sei allen Verbandlern überlassen, über diese Art von Arbeiterführern ihr Urteil zu fällen.

Tariffragen der Töpfer.

Zu einer Töpferversammlung sprach gestern Abend Kemnitz vom Bauernverband über den Stand der Tarifverhandlungen. Nach dem der alte Tarif am 1. Oktober vorigen Jahres abgelaufen war, behält man sich zunächst mit der Verlängerung von Monat zu Monat. Die Verhandlungen über einen Neuabschluss gehen nur langsam vor sich, doch kann festgestellt werden, daß es gelungen ist, das Alte zu halten und daneben noch wesentliche Verbesserungen zu erzielen. So soll der neue Tarif nicht nur für Berlin, sondern auch für die Provinz Brandenburg Geltung haben, was für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer von Vorteil ist. Die Arbeiter in den vielen handwerksmäßig betriebenen Werkstätten der Provinz werden in Zukunft die Vorteile eines Tarifs haben. Bei der Festlegung der Arbeitszeit wollten einige Arbeitgeber durchaus „dem Zuge der Zeit“ folgen und eine längere als die achtstündige Tagesarbeit festgelegt wissen. Sie meinten, daß es den Bauunternehmern gelingen werde, die anderen Bauberuf zu einer längeren Arbeitszeit zu verpflichten, und konnten sich nicht mit dem Gedanken befassen, daß dann die Töpfer des Abends als erste die Bauwerke verlassen würden. Der Verhandlungskommission der Töpfer gelang es aber, die Arbeitgeber davon zu überzeugen, daß der seit 1887 bestehende Achtstundentag nicht gut auf Wunsch der Töpfermeister abgeändert werden könne. Er gelang ferner noch durchzugehen, daß der neue Tarif nach seinem Abschluß nur für Mitglieder der Vertragsparteien Gültigkeit haben soll.

Bei den letzten Lohnverhandlungen ist von den Arbeitgebern die Forderung auf Bewilligung des Friedensnominallohnes von 1 M. abgelehnt worden. Sie wollten lediglich den bestehenden Stundenlohn von 75 Pf. auf 85 Pf. erhöhen. Die Lohnkommission konnte dem nicht zustimmen, sondern überließ die Entscheidung der Versammlung. Diese bezeugte den Lohn von 85 Pf. als zu niedrig und beauftragte die Kommission, in sofortigen Verhandlungen eine Verbesserung dieses Satzes durchzuführen.

Achtung! Mitglieder des Bau-Gewerksbundes!

Unter Bezugnahme der Notiz der „Roten Fahne“ vom 23. April 1924 an alle Bauarbeiter Groß-Berlins, unterzeichnet die Zentralleitung, gezeichnet n. a. von Willi Schwarz, Bau-Gewerksbund, haben wir mitzuteilen, daß wir mit diesem Aufruf nichts zu tun haben. Es sei noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß vom Bau-Gewerksbund kein Streikbeschluss vorliegt. Sämtliche Kollegen des Bau-Gewerksbundes haben nur die von ihrer Ortsverwaltung herausgegebenen Beschlüsse zu befolgen. Der Vorstand.

Keine Arbeitsaufnahme in den Werften.

Hamburg, 23. April. (W.F.) Gemäß den Beschlüssen der gestrigen Werftarbeiter-Versammlung, welche die Fortführung des Streiks beschloß, sind heute früh an den Abfahrtsstellen am Hafen und bei den Werften auf dem anderen Ufer verstärkte Streikposten aufgestellt worden, die den Verkehr nach den Werften kontrollieren. Zur Arbeit ist nur ein sehr geringer Bruchteil der Arbeiterschaft erschienen, schätzungsweise bei der Werft Blohm u. Loh 500. Lei den Werften Reichert und Vulkan je 100 Mann. Auch Polizei ist in verstärktem Aufgebot am Hafen erschienen. Zu Ruhestörungen ist es bisher nicht gekommen.

Norwegen schließt sich an Moskau nicht an.

Der letzte im Jahre 1923 abgehaltene norwegische Gewerkschaftskongress beschloß bekanntlich, unter den Mitgliedern eine Abstimmung über die Frage des Anschlusses an Moskau einzuleiten. Diese Abstimmung ist nunmehr beendet, und der Mehrheitsantrag des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes, sich der Roten Gewerkschaftsinternationale nicht anzuschließen, sondern nur die freundschaftlichen Beziehungen mit dieser Internationale aufrechtzuerhalten, wurde mit 15.602 gegen 7504 Stimmen, die für den Anschluß abgegeben wurden, angenommen.

Nach dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses hätte diese Abstimmung schon vor dem 1. Oktober 1923 stattfinden sollen. Die Verzögerung ist dadurch entstanden, daß es nicht möglich war, von der AOB Angaben über die Zahl der angeschlossenen Landeszentralen, Mitglieder, die durch einen Austritt aus dem Gewerkschaftsbund entstehenden finanziellen Verpflichtungen usw. zu erhalten. Erst im Januar 1924 lief die Antwort der AOB auf das Schreiben vom 28. August 1923 des norwegischen Vorstandes ein. In dem Antwortschreiben der AOB wird die Verzögerung mit den unruhigen Verhältnissen in ... Deutschland entschuldigt, die die ganze Aufmerksamkeit der Exekutive beanspruchte. Die Zahl der der AOB angeschlossenen Mitglieder wird mit 12 Millionen angegeben, darunter Italien, das nie angeschlossen war, mit 3 Millionen und Norwegen, d. h. das Land, das um Angaben wegen eines eventuellen Anschlusses ersuchte, mit 116.000 Mitgliedern. Es ist zu verstehen, daß diese Angaben den Norwegern das richtige Verständnis für die Zuverlässigkeit der übrigen im Schreiben gemachten Angaben gab.

Da der norwegische Gewerkschaftsbund bekanntlich circa 85.000 Mitglieder umfaßt, scheint das Interesse für diese Frage nicht gar zu groß gewesen zu sein.

Gegenseitige Arbeitslosenfürsorge mit Oesterreich.

Die österreichische Regierung hat mit der Regierung des Deutschen Reiches ein Gegenseitigkeitsabkommen getroffen, wonach sowohl die in Deutschland lebenden Oesterreicher, sofern sie arbeitslos geworden sind, als auch die in Oesterreich lebenden erwerbsfähigen Reichsbürger, falls die in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen erfüllt sind, den gegenseitigen Anspruch auf die finanzielle Arbeitslosenunterstützung haben. Das Abkommen ist am 3. März d. J. in Kraft getreten.

Gewerkschneiderei.

In der Sammlung Schöden (Berlin) Walter & Gennert u. Co., Berlin W. 10) ist als Band 330 eine Heftreihe über das Gebiet der Gewerkschneiderei von Dr. med. Hans Reiche erschienen. Preis 1,25 M.

Am 1. Wochentag wird die Gewerkschneiderei im allgemeinen dargestellt, im 2. Heft die der besonderen Industriezweige: in einem kurzen 3. Heft die der Bereiche seine Aufgaben über Gewerkschneiderei und Volkswirtschaft. Der Sachverhalt der Darstellung, die im allgemeinen zu verzeichnen ist, sind einzelne Ausführungen nicht dienlich. Heft 1 enthält im 1. Abschnitt folgende Sätze zu finden: „Der hohe Verdienst der Jugendlichen, der in sehr vielen Fällen für überflüssigen Lohn, Raucher und den Besuch von Vergnügungsorten ausgegeben wird, kann gut angesetzt werden, wenn durch stündliche Sparsparungen eine Rente für Altersvorsorge zur Ausrichtung eines eigenen Betriebs gegründet wird.“ Dazu sei bemerkt, daß zu der Zeit, wo der Verdienst der Jugendlichen sehr hoch ist, infolge der Inflation kein Sparvermögen gemacht werden kann, es sei denn, man schließt möglichst rasch mit dem Verdienst der Jugendlichen nur sehr geringe und Sparvermögen kann nicht.

Den insofern Ausführenden über Arbeitslosenfürsorge, Arbeitslosen und gesetzliche Regelung wurde der Satz angeschlossen: „Die Gesetzgebung des Reiches durchgeführten Maßnahmen liegt in der Verantwortung des Landes, daß der Arbeitslosen aus dem Gebiet des Arbeiterbundes herausgenommen wird und zu sozialistischen Kreisen als Schloßort benutzt wurde.“

Das Inhalts- und des Schlusswortes enthält die Benutzung des Schrifttums für die Angehörigen der einzelnen Berufe. Ein ausführliches Literaturverzeichnis gibt die Quellen zu besonderen Informationen an. Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte leisten das Schöne der Dienste. t. e.

Sagen- und Konferenz-Veranstaltung aller Angehörigen am Donnerstag Abend, 7 1/2 Uhr, in Hanserlands Festsaal, Neue Friedrichstraße 31. J. U. Deutscher Verband.

Wirtschaft

Micromerträge und Arbeitsmarkt.

Die Arbeitsämter im besetzten Gebiet wissen von einer zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften zu berichten. Die günstigere Verwendung dankt seit Erneuerung der Micromerträge, und zwar unterzeichnet sich die Nachfrage nach Arbeitskräften im besetzten Gebiet wesentlich von der im unbesetzten Teile Deutschlands. Im unbesetzten Gebiet sind es besonders die Verbrauchsindustrien, die einen erhöhten Beschäftigungsgrad aufzuweisen haben. Im Rheinland und in Westfalen tritt dagegen mehr ein Bedarf an Bauarbeitern, Montieuren usw. hervor. So ist

in einzelnen Orten die Nachfrage nach Maurern usw. geradezu explosiv, so daß bereits ein empfindlicher Mangel an diesen Spezialarbeitern eingetreten ist.

Der Bedarf an Facharbeitern wird auf eine lebhaft industrielle Bauaktivität zurückgeführt. Man nimmt an, daß es sich um die Ausführung von Bauprogrammen handelt, die der Rationalisierung der Arbeit und der Verbesserung der Produktionsmethoden dienen. Außerdem wirken die besonderen Verhältnisse im Rheinland günstig auf einzelne Produktionszweige ein. So haben z. B. die Schwierigkeiten, denen die Verkopfung auf der Regiebahn ausgesetzt ist, der Automobilindustrie einen nicht unerheblichen Antriebs gegeben. Fabriken, die Autokraftwagen herstellen, sind im allgemeinen gut beschäftigt.

Im allgemeinen stellt das Ende der Inflation und die ungünstige Geschäftslage an die Konkurrenzfähigkeit der Werke im besetzten Gebiet besondere Ansprüche. In vielen Fällen zeigt es sich, daß die Werke diesen Wettbewerb nur unter Anspannung aller Mittel aushalten können. Hier rächen sich die Inflationsgewinne zur Verbesserung der Produktionsmethoden, z. B. Anschaffung moderner Maschinen, benutzt haben und wo die Gewinne nicht der Produktion zugute gekommen sind.

Frankenschwankungen und Saargebiet.

Die Schwankungen des französischen Franc haben das wirtschaftliche Leben im Saargebiet zweimal heftigsten Erschütterungen ausgesetzt. Als vor gut 2 1/2 Jahren die Währung der französischen Währung um 30 Proz. einbrach, war im Saarrevier die Umstellung auf den Franc allgemein. Ruhniger der sinkenden Währung wurde insbesondere der Großhandel. Er stellte seine Kalkulation auf Devisen, besonders auf Dollar, und deckte sich in Frankreich angelegte der billigeren Preise gut ein. Die Last der Frankhaufe trug der Kleinhandel und die Arbeiterschaft, für die der Franc von diesem Jahr immer gleich dem Franc im vorigen Jahr blieb. So begabte im Saarrevier jeder, der französische Werte in der Hand hielt, eine oft nicht unbedeutliche Inflationssteuer. Auch die einwirkende Frankhaufe brachte keine Erleichterung für die verbrauchenden Schichten. Wohl mußte der Großhandel, der auf großen, meistens kreditierten Warenvorräten saß, Preisabschläge vornehmen, weil er Geld zur Deckung seiner spekulativen Verpflichtungen brauchte. Doch wurde die Preisbildung im Einzelhandel wenig davon berührt, da die Preise dem sich bessernden Frankkurs nur zögernd folgten. Während also zur Zeit des Franksturzes der Großhandel die Gewinne einstrich, ist jetzt vorläufig der Einzelhandel im Vorteil.

Das Saarrevier ist das älteste Industriegebiet Deutschlands. Laufend Fäden verbinden es auch jetzt noch mit dem großen Verbrauchergebiet der deutschen Wirtschaft. Die Frankbewegung hat diese Beziehungen nicht erheblich beeinflusst. Als der Franc seinen tiefsten Stand erreichte, wurde die Goldmark mit 6-7 Franc bewertet. Die Folge war deutsche Nachfrage nach Frankware, die der Saarindustrie gerade wie der französischen nicht unbedeutenden Antrieb gab. So nahm u. a. die Eisen- und Stahlerzeugung Erweiterungen vor. Das Bild hat sich nun geändert. Die Goldmark gilt knapp 4 Franc. Dieser Kurs dämmte nicht nur die deutsche Nachfrage ein, sondern führte auch zur Kaufkraft im Saarrevier für deutsche Fabrikate. Selbstverständlich sind die Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht günstig. Bischoff ergab sich bereits die Notwendigkeit, die Erzeugung einzuführen, so daß der Wunsch nach einer mäßigen Inflation in Kreisen der Industrie und der Exporteure begründet ist.

„Industrie- und Handelskammern.“ Die Handelskammern haben durch Verordnung vom 1. April 1924 den Namen „Industrie- und Handelskammern“ bekommen.

Austauschverteilung für den Handel mit dem Ausland. Das Reichswirtschaftsministerium erteilt auf Ansuchen inländischer Handelskammern, Vereinen, Verbände und Interessenten schriftliche Auskünfte in Angelegenheiten des Zoll-, Steuer- und Abgabewesens des Auslandes, insbesondere über die Zollbehandlung von Waren, die Zollerfassung, Abfertigungsgebühren und dergleichen, sowie über die Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote und -beschränkungen. Die Auskünfte sind mit Rücksicht auf die allerorten in regem Fluß befindliche Gesetzgebung unverbindlich. Es wird — vorläufig und bis zur allgemeinen Regelung der Frage der Erhebung von Verwaltungsgebühren — als Entschädigung für die erwachsenen Unkosten eine Vergütung von 1 bis 3 M. je nach Umfang der einzelnen Auskunft erhoben. Nur schriftliche Anfragen sind zu richten an das Reichswirtschaftsministerium (Zollbureau) in Berlin W. 10, Viktoriastraße 34.

Russisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen. Zum zweiten Jahrestage des Abschlusses des Vertrages von Rapallo wies die russische Presse auf die hervorragende Rolle Deutschlands im russischen Außenhandel sowie im Wiederaufbau des russischen Wirtschaftslebens hin. Die volkswirtschaftlichen Zeitschriften geben eine Uebersicht über die Entwicklung der russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen seit Zustandekommen des Vertrages. 1922 betrug der russische Export nach Deutschland 16 1/2, i. J. 1923 180 Millionen Goldrubel. Unter den von Russland an Ausländer gewährten Konzessionen stehen die Deutschen an erster Stelle. Im ganzen wurden 16 Konzessionsverträge, und zwar im reiche der Landwirtschaft, der Industrie und des Eisenbahnwesens, mit deutschen Firmen abgeschlossen.

Die amerikanische Roh Eisenerzeugung im Jahre 1923 erreichte mit 40 361 146 Tons einen neuen Höchststand, der sogar über die erhöhte Produktion einzelner Kriegsjahre hinausgeht. Die Produktion von 1922 belief sich demgegenüber auf nur 27 219 904 Tons, die Höchstproduktion während des Krieges (1916) auf 39 434 797 Tons. Von der Roh Eisenerzeugung des letzten Jahres wurden nach den Angaben des amerikanischen Eisens- und Stahlwerks 29 838 680 Tons (74 Proz.) von den Erzeugern in eigenen Betrieben weiterverbraucht und 10 522 468 Tons (26 Proz.) an anderweitige Konsumenten abgegeben; für 1922 war das entsprechende 76,2 Proz. bzw. 23,8 Proz. Am 30. Juni waren von insgesamt 432: 355 Hochöfen in Betrieb, am 31. Dezember des gleichen Jahres jedoch nur mehr 239 oder 55,4 Proz. gegen 58 Proz. zu Ende des 1922.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Salfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: Dr. John Schlawatz; Politik und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Glöck; Künstlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

Eternzwirne, nach Twist
Geflochtene, Gummiband, Kämme, Seile u. f. Karbonen, wof. unter Tagespreis
Gauler, Deutschstraße 15. Reichs 6389

Aus-schneiden! „Bettwäschehof“ Auf-bewahren!
Spezialverkauf von Bettwäsche.
Nur prima Ware, enorm billige Preise. Kein Laden!
Männstraße 2, 1. Hof, parterre rechts.

Strickjackets, Strandjacks, Sportwesten, Sportjacken
aus reiner Wolle in allen Farben, sowie Blusen
kaufen Sie am besten und billigsten direkt vom Fabrikanten
Wiederverkäufer u. Sportvereine erhalten besondere Preise. Kein Ladenverkauf

Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27

Schalbretter, Kantholz
Fußböden, Golen, Latten, Dachpapps, Zement Teer empfindlich zu billigsten Ta: espreisen

Joseph Riedel
Nutzholz- u Baummaterialien-Ha-dig
Bouchestraße 31.
Telephon: Moritzplatz 496.

Der gute Kapitän-Kautabak
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861

Transportgeräte aller Art · Wagen aller Art
Schlechterwerke
Peter Schlechter, Berlin SW 68
Markgrafenstraße 27.

Alle Artikel zum
Selbststrasieren
Kopp & Joseph
Berlin W 37
Potsdamer Str. 122
in vorzügl. Qualität u. groß Auswahl

Kinderland 1924
Ein Buch für unsere Jungen und Mädel

Mit reichem Bildschmuck
berühmte Kinder- und
Erzählungen — auch
belebenden Inhalt, köstliche
Gedichte manchen das Buch
zu einem immer wieder
genen in die Hand genom-
mener Delikat

Preis 1.— Mark

Zu haben bei allen Leihbibliothekaren
und in der
Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3